

# Nachrichten für Raunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Kammelschloß, Bensch, Vorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klings, Kötter, Lützsch, Pomßen, Stankow, Thronen etc.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Er scheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich 2 Mk., Vierteljährlich 6 Mk., Halbjährlich 12 Mk., Jahrsbeitrag 24 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Abbestellungspreis: Die 6-spaltige Korpuszeile 1/2 Pfg., auswärts 3/4 Pfg. Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Korpuszeile 1/2 Pfg., auswärts 3/4 Pfg. Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Korpuszeile 1/2 Pfg., auswärts 3/4 Pfg. Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Korpuszeile 1/2 Pfg., auswärts 3/4 Pfg.

Verantwortlich: Amt Raunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Co., Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 39

Freitag, den 31. März 1922

33. Jahrgang

### Amthliches.

#### Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur städtischen Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1921.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet alle Unternehmer, die in der Stadt Raunhof einen Gewerbebetrieb unterhalten.

Als Gewerbebetriebe gelten auch

1. der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und Fischerei, der Obst-, Wein- und Gartenbau, die Ausbeutung von Steinbrüchen und die Gewinnung und Verwertung sonstiger Bodenerzeugnisse,
2. die Berufstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und die Ausübung anderer freier Berufe,
3. die Ausübung einer sonstigen wissenschaftlichen, künstlerischen, schriftstellerischen, unterrichtenden oder erziehenden selbständigen Tätigkeit, soweit sie fortgesetzt auf Gewinnerzielung gerichtet ist,
4. die Tätigkeit von Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Die Hierauf zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuerklärung unter Benutzung des vorbeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 20. bis 31. März 1922 bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Vordrucke für die Steuerklärung können von dem hiesigen Stadtkassenamt besorgt werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuerklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugehandelt worden ist. Sind mehrere Unternehmer an demselben Gewerbe beteiligt, so genügt es, wenn einer die Steuerklärung abgibt. Für mehrere selbständige Gewerbe desselben Unternehmers sind getrennte Steuerklärungen abzugeben. Für Personen, die unter Aufsicht oder Vormundschaft oder elterlicher Gewalt stehen, sind die Steuerklärungen von dem Pfleger, Vormund oder Erzeuger der elterlichen Gewalt, für juristische Personen und selbständig steuerpflichtige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen von deren gesetzlichen Vertretern, Vorständen oder Geschäftsführern abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuerklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Die schriftliche Vollmacht ist der Steuerklärung beizufügen, sofern sie nicht bereits zu den Akten der unterzeichneten Behörde vorliegt.

Die Einreichung der Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann durch Geldstrafen zur Abgabe der Steuerklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Raunhof, am 13. März 1922. Der Stadtrat.

Auf das 1. Viertel des Rechnungsjahres 1922 (1. April bis 30. Juni 1922) wird ein Termin Gemeindegroßsteuer in Höhe von 1 Mk. je Grundsteuerinheit erhoben. Der Termin ist am 1. April 1922 fällig und innerhalb 4 Wochen an die hiesige Stadtsteuereinnahme, Lange Straße 1, Zimmer 14 zu entrichten.

Steuerzettel werden nicht besonders zugestellt. Bei der Bezahlung ist das Steuerquittungsbuch vorzulegen.

Raunhof, am 21. März 1922. Der Bürgermeister.

Die Stempelsteuer und die Brandhakenbeiträge auf den Termin 1. April 1922 sind fällig und innerhalb 14 Tagen an die Stadtsteuereinnahme, Lange Straße 1, Zimmer 14 zu entrichten.

Die Beitragseinheit für die Brandhakenbeiträge wird mit 11 Pfg. erhoben.

Raunhof, am 30. März 1922. Der Bürgermeister.

#### Abbruch oder Aufschub?

Der erste deutsche Bevollmächtigte für die Vertragsverhandlungen mit Polen über Oberschlesien ist aus Genf nach monatelanger Arbeit früher, als zu erwarten war, nach Berlin zurückgekehrt. Schon glaubte er, das Land der Verheißung vor sich liegen zu sehen, den endgültigen, in allen Haupt- und Einzelfragen genau formulierten und unterschriebenen Ausgleichsvertrag über Oberschlesien, als ein unworthergehender Einspruch der polnischen Regierung gegen die Zuständigkeit des schweizerischen Schiedsrichters Calonder seine Hoffnungen jäh zerstörte. Für einen korrekten Staatsmann, zumal von juristischer Vorbildung, ein solcher unabweislicher Befehl. Man verhandelt viele Wochen lang über eine Frage, sowohl nach ihrer grundsätzlichen Seite wie über die Lösung aller verwinkelten Einzelheiten, die sie bietet, und plötzlich, da man sich nahe-

zu am Ziel angekommen glaubt, wird von der Gegenseite die Zuständigkeit dieses Forums zur Befassung mit dieser Frage überhaupt rundweg bestritten. Sonst hält man im allgemeinen dafür, daß solche Einwände vor Beginn von Sachverhandlungen geltend gemacht werden müssen, wenn sie überhaupt noch Beachtung finden sollen. Die Polen hätten sich an diese allgemeine Abung um so eher halten müssen, als sie es hier mit einem vom Völkerbund eingesetzten Schiedsgericht zu tun haben, dessen Übernahme durch einen hervorragenden Schweizer Juristen auch die beiden Verhandlungsparteien zu besonderer Rücksichtnahme verpflichtete. Für die absonderliche und ausgesprochen unhöfliche Haltung der Polen gibt es unter diesen Umständen nur die eine Erklärung, daß sie keiner eigenen Eingebung folgten, als sie Herrn Calonder plötzlich das Vertrauen entzogen. Sie müssen einer Einwirkung von außen her erlegen sein, die stark genug war, um selbst ihre bessere Überzeugung wie auch ihr Anstandsgefühl in den Hintergrund zu drängen. Bei der Abhängigkeit, in der die Existenz des polnischen Staatswesens sich befindet, braucht man nach den Urhebern jener Einwirkung nicht lange zu suchen.

Herr Schiffer, der deutsche Vertreter, hat bei dieser veränderten Sachlage getan, was für ihn einzig und allein in Frage kam, er hat seine Zelte in der schweizerischen Hauptstadt vorzeitig abgebrochen und sozusagen nur einen Beobachtungsposten in dem Vorort des Völkerbundes zurückgelassen. Womit die deutsch-polnischen Verhandlungen nicht unbedingt als abgebrochen anzusehen sind. Aber die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen, die immerhin nach dem ganzen Verlauf der Verhandlungen über wichtige und unwichtige Fragen noch begründet war, muß jetzt wohl endgültig aufgegeben werden. Denn in der Frage der Liquidation, über die es so zum Bruch gekommen ist, steht für Deutschland nicht nur die Wahrung sehr erheblicher materieller Rechte in Frage, sie berührt auch nur zu berechtigter nationaler Empfindlichkeit, ja sie greift an die Würde des deutschen Volkes, das sich unmöglich dazu hergeben kann, nun auch noch von den Polen à la Clemenceau und Poincaré behandelt zu werden. Wir brauchen uns, solange wir überhaupt noch etwas zu sagen haben, darauf um so weniger einzulassen, als ja nicht nur die obersteinstehende Frage zwischen uns und Polen der Entscheidung harret. Die Polen wissen ganz genau, daß sie auf das dringlichste der baldigen Ausnahme möglichst geregelter wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland bedürfen, und daß, wenn Deutschland nicht in der Lage und nicht gewillt ist, ihnen hierin entgegenzukommen, keine fremde Macht ihnen dabei aus der Verlegenheit helfen kann. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, hätten sie dieses weitere Ziel nachlos in Genf nicht aus den Augen verloren. Aber die Satrapenrolle, die sie in Europa spielen, hat sie gerade in entscheidenden internationalen Fragen ihrer eigentlichen Handlungsfreiheit beraubt, und so müssen sie tanzen, wie an der Seine gepfeiffen wird.

Sie selber können keinen Augenblick über den schlechten Eindruck im Zweifel sein, den ihr Vorgehen dem Präsidenten Calonder gegenüber in den Kreisen des Völkerbundes und darüber hinaus in allen neutralen Ländern gemacht hat. Gleichviel ob und welchen Erfolg sie damit erzielen werden, schon allein die moralische Einbuße, die sie zu verzeichnen haben, ist groß genug, um alles andere eher als Freude über den Erfolg dieser Sabotage bei ihnen aufkommen zu lassen. Und gleichviel ob danach die Genfer Verhandlungen als abgeschlossen oder als abgebrochen gelten müssen, daß der Leidtragende in diesem Falle das deutsche Volk sein wird, glauben wir einstweilen nicht befürchten zu müssen.

#### Um den Achtfundentag.

Abweichende Beurteilungen durch Sachverständige.  
Eine Reihe von Gutachtern wurde im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates als Sachverständige zur Frage des umstrittenen Achtfundentages gehört. Den Sachverständigen wurden folgende Fragen vorgelegt: 1. Glauben Sie, daß angesichts der besonderen durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage das deutsche Volk mit einem achtfundentägigen Maximal-Arbeits-tage auszukommen vermag? 2. Welches Einzelmaterial können Sie für Ihre Ansicht aus Ihrem speziellen Beruf (Gewerbe) anföhren?

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte, daß man kaum mit dem Achtfundentag auskommen dürfte. Ebe man für die Verlängerung der Arbeitszeit einträte, solle man erst den Achtfundentag in der ganzen Wirtschaft vollkommen durchföhren.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sprachen sich im allgemeinen dahin aus, daß sie die Befestigung des Achtfundentages entschieden ablehnen möchten. Die Stimmung in Arbeiterkreisen sei durchaus gegen diese Ansicht. Ebe man einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen vermöge, müsse geprüft werden, ob denn darin das einzige Mittel für die Steigerung der Produktion liege. Das sei zu verneinen. Verbesserungen der Methoden, planmäßige Durchorganisierung der Wirtschaft mit dem Ziele der Befestigung aller Hemmungen im Produktionsprozeß würden der Produktionssteigerung ungleich stärker dienen.

Mehrere andere Sachverständige legten dar, der Achtfundentag ist bereits früher in einzelnen Gewerben mit

recht günstigem Erfolge durchgeführt worden, wobei allerdings im Stillstand gearbeitet wurde. Eine Erhöhung der Arbeitszeit habe dort zu einem Rückgang der Arbeitsleistung geführt. Der sozialdemokratische Redakteur Kallisek erregte die Frage, ob der Achtfundentag genügen könne. Arbeiterschaft und Unternehmertum hätten gleiche Verantwortungslosigkeit bewiesen. Er empfehle die Suspensierung des Achtfundentages auf fünf Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

#### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

##### Protest gegen Behelligung deutscher Abgeordneter.

Die päpstlichen Abgeordneten Dr. Hammer-Schmidt und Burger wurden von der französischen Besatzungsbehörde in eine hohe Geldstrafe wegen verschiedener Äußerungen in Versammlungen genommen. Auf Veranlassung der bayerischen Regierung ist nun die Reichsregierung durch den Gesandten in Paris bei der französischen Regierung in dieser Sache vorstellig geworden. Die französische Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Unantastbarkeit der Abgeordneten auch von der Besatzungsbehörde respektiert werden müsse. Außerdem wurde die Rückerstattung der von den beiden Abgeordneten bereits gezahlten Geldstrafen gefordert.

##### Vorbildung der höheren Beamten in Preußen.

Im Unterrichts-ausschuss des Preussischen Landtages wurde die Beratung über die Durchbildung der Kandidaten des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes abgeschlossen. Dabei war für die stärkere Betonung des staatswissenschaftlichen Studiums, die Reform der Prüfung, die Verlängerung der Studiendauer eine Mehrheit vorhanden. Angenommen wurde der Zentrumsantrag, der das Staatsministerium auffordert, möglichst bald dem Landtag endgültige Vorschläge für eine durchgreifende Reform des Studiums und des Vorbereitungsdienstes vorzulegen. Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der zum Referendar- und Assessorat auch nicht auf der Universität vorgebildete Bewerber zulassen will.

##### Die letzten Gefangenen in Avignon.

Nach mehrjähriger Gefangenschaft ist in Karlsruhe der Sohn des Maffeurs Wilhelm Strähle aus dem französischen Gefangenenlager Avignon zurückgekehrt. Der Zurückgekehrte erklärte, daß in etwa 14 Tagen der ganze Rest der noch in Avignon befindlichen deutschen Gefangenen nach der Heimat befördert werden soll.

##### Was wird aus den Deutschen Werken?

Der italienische Unterstaatssekretär Lotti erklärte auf eine Anfrage in der Kammer, daß zwischen dem Wiederherstellungsausschuss und der militärischen Kontrollkommission in Berlin kein Konflikt über die Frage der Deutschen Werke bestehe. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren, habe die Vorkonferenz beschlossen, daß die gesamte Umstellung und infolge dessen die Verminierung des Personals bis zur Aufhebung der internationalen Kontrolle ausgeföhrt werden könnten.

##### Deutsch-finnische Verhandlungen.

Nachdem die Vereinbarungen von 1918 teils ihre Gültigkeit verloren haben, teils den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen, sind Besprechungen zwischen der deutschen und der finnischen Regierung gepflogen worden zur Herbeiföhierung einer Verständigung, besonders über Verkehrsverbindungen, und über die Auslieferung der während des Krieges von Deutschland beschlagnahmten finnischen Schiffe und ihrer Frachten. Da eine grundsätzliche Vereinbarung nunmehr erreicht ist, sind die finnischen Vertreter nach Berlin abgereist, um die Besprechungen abzuschließen.

##### Das Ernährungsprogramm des Professors Fehr.

Der für den Posten des Reichsernährungsministers dem Vernehmen nach in Aussicht genommene Professor Fehr erklärte einem Journalisten sein Programm im Falle der Übernahme des Ministeriums: Die öffentliche Wirtschaft in der Landwirtschaft ist in engem Rahmen aufrecht zu erhalten, doch darf sie nicht zur Fessel für die Landwirtschaft werden und vor allem unter keinen Umständen produktionshemmend wirken. Es kommt dabei hauptsächlich das Getreideumlageverfahren in Betracht, doch nicht daselbst, sondern in verbesserter. Angeht es soll Professor Fehr die Berufung bereits erhalten und angenommen haben.

##### Großbritannien.

Es geht ihm wieder gut. Lloyd George ist wieder in London eingetroffen, um sich persönlich der irischen Frage, der industriellen Lage und der Vorbereitung der Genuefer Konferenz zu widmen. Bei seiner Ankunft über sein Befinden befragt, erwiderte der Premierminister: „Gott sei Dank, es geht mir wieder gut.“ Vielleicht hängt dieses Wohlbefinden mit den Hoffnungen des Premiers auf Genua zusammen. Darüber teilte Chamberlain im Unterhaus mit, soviel er wisse, werde die gesamte Frage des Beschäftigungs eingeleitet in Genua erörtert werden, um festzustellen, welche internationale Aktion notwendig werden würde. Unter Heiterkeit des Hauses fragte einer der Lords, welchen Zweck es habe, daß Lloyd George nach Genua gehe, wenn die Repara-